



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung 080219

Stuttgart, den 19.2.08

Landesnaturschutzverband begrüßt den Antrag für Unesco-Siegel

Land soll Biosphärengebiet „mit ganzem Herzen“ betreiben

Betreuer-Stellen unbefristet ausschreiben / Kernzone konsequent schützen

Das Vorhaben der Landesregierung, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb durch die UNESCO anerkennen zu lassen, wird vom Landesnaturschutzverband (LNV) ausdrücklich begrüßt. „Damit legt das Land“, so der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret, „selbst hohe Maßstäbe an das neue Schutzgebiet an, die es dann allerdings auch zu erfüllen gilt“.

Dies sei jedoch nur möglich, wenn alle Beteiligten mit „ganzem Herzen“ hinter dem Biosphärengebiet stehen. Wer jedoch – wie gerade von Seiten des Tübinger Regierungspräsidiums geschehen – die neuen Stellen für die Betreuer des Schutzgebietes nur auf 2 Jahre befristet ausschreibe, offenbare – so der LNV-Chef – eine zögerliche und halbherzige Haltung. Gute und erfahrene Interessenten würden sich auf solch unsichere Stellen erst gar nicht bewerben. Er fordert deswegen eine unbefristete Anstellung von Biosphärengebiets-Mitarbeitern.

Für ungenügend hält der LNV auch die geplanten Regelungen für die Nutzung der Waldflächen in der Kernzone. Es bestehe die Gefahr, dass unter dem Deckmantel „Umbau von Fichtenbeständen“ und „Sicherungsmaßnahmen von Wegen“ doch eine regelmäßige Waldnutzung auch in den wenigen streng geschützten Kernzonen stattfindet. Hier gälte es, die Eingriffe auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Auch das gerade in der Diskussion stehende Wegekonzept muss die UNESCO-Bestimmungen für die Kernzonen erfüllen. Diese Bestimmungen dürften nicht durch unzulässige Zugeständnisse an lokale Wünsche aufgeweicht werden. „Sonst riskiert das Land die Verweigerung der internationalen Anerkennung des

ersten und bisher einzigen Biosphärengebiets im Lande. Und das wäre für Natur und Wirtschaft der Albregion eine Katastrophe“, schloss der LNV-Vorsitzende.